

Armin Puller

Beitrag für ‚Momentum 2021‘ (Track: ArbeiterInnenbewegung)

## **Mit linksautoritärem Kommunitarismus wieder zur Arbeiterpartei?**

### **Bedingungen, Ideologeme, Politiken und Fehlschlüsse eines aufkommenden rechtssozialdemokratischen Parteiprojekts**

In ganz Europa befindet sich die Sozialdemokratie in einer fortdauernden politischen und ideologischen Krise. Diese zeigt sich zuvorderst entlang eines dramatischen elektoralen Niedergangs und hängt nicht zuletzt mit fehlenden Kapazitäten zusammen, für die gegenwärtige Lage die soziale Frage offensiv zu adressieren. Die Erkenntnis der Krise und Defensive der Sozialdemokratie ist nicht neu und mittlerweile Teil ihres Normalzustandes geworden. Die in der Sozialdemokratie stattfindenden strategischen Suchprozesse arbeiten sich seit nunmehr zumindest vier Jahrzehnten an ihrer Krise ab und entwickeln dabei vor allem neue defensive Strategien zur temporären Abmilderung der Demobilisierung der verbliebenen Kernwählenden und der Demoralisierung der Parteibasis. Die Krise der Sozialdemokratie wird von strategischen Kontexten überdeterminiert, die für Politiken der Sozialreformen deutlich weniger zugänglich sind als zu Zeiten des fordistischen Entwicklungsmodells und Sozialkompromisses. Zugleich ist sie auch von einer politischen Strategie der Sozialdemokratie mitverursacht, deren Perspektiven für gesellschaftliche Transformation und eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse selbstbeschränkend und selbstpassivierend ausfallen.

Vor diesem Hintergrund haben die in den letzten Jahren stattgefundenen strategischen Suchprozesse innerhalb der Sozialdemokratie eine Reihe neuer Positionen aufkommen lassen, die auf einen Bruch mit der jüngsten Vergangenheit sozialdemokratischer Entwicklung und auf einen tiefgehenden Wandel ihrer Parteiidentität und ihrer politischen Perspektiven abzielen. Hierzu ist auch jene politische Position zu zählen, die als linksautoritärer Kommunitarismus oder als kommunitaristische Retraditionalisierung bezeichnet werden kann. Diese vertritt die Auffassung, die Sozialdemokratie solle in den Politikfeldern der Sozial- und Wirtschaftspolitik nach links rücken und in gesellschaftspolitischen Politikfeldern (insb. Migrationspolitik, Kriminalitätsbekämpfung oder Gleichstellungspolitik) sozialkonservativen und rechten Einstellungen entgegenkommen und eine harte Linie einnehmen. Diese Kombination entspreche, so diese Position, der Präferenz traditioneller ArbeiterInnenmilieus. Eine Verschiebung sozialdemokratischer Politikziele in diese Richtung könne daher das zentrale Problem der Erosion der Repräsentationsbeziehungen zur traditionellen sozialen Basis der Sozialdemokratie bearbeiten, sie damit politisch und ideologisch erneuern und im Parteienwettbewerb gegen die aufsteigende politische Rechte stärken.

Die Position des linksautoritären Kommunitarismus grenzt sich von einem als kosmopolitischen Sozialliberalismus verstandenen Gegenpol ab, der für eine Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und eine Abkehr von der Orientierung auf die traditionelle soziale Basis der ArbeiterInnen zugunsten von Mittelschichten verantwortlich gemacht wird. Ihre Argumentation existiert in verschiedenen Varianten, wird aber von folgender Vorstellung vereinheitlicht: Unter Führung einer liberalen meritokratischen urbanen AkademikerInnenelite habe sich die Sozialdemokratie von der Klassenpolitik abgewendet und sei zu verschiedenen Formen von Identitätspolitik übergewechselt. Als Folge verabschiedete sich die Sozialdemokratie von politischen wie kulturellen Angeboten an ihre traditionelle soziale Basis und entfremdete sich von dieser. Die Selbstbegrenzung auf Identitätspolitik –

zuerst für Frauen und später für Minderheiten – behindere die Sozialdemokratie dabei, ein politisches Angebot für abgehängte soziale Schichten aus der Mehrheitsgesellschaft zu entwickeln. Dementsprechend würden diese zur politischen Rechten abwandern, die zumindest einen Teil ihrer zugesprochenen Präferenzen (sozialkonservative kommunitaristische Gesellschaftspolitik) zu repräsentieren und erfüllen beanspruchen. Wenn die Sozialdemokratie wieder elektoral erfolgreich sein möchte, müsse sie daher mit Migrationskritik und kommunitaristischen Identitätsangeboten den Rechten ihr Alleinstellungsmerkmal streitig machen und mit einer Kombination aus linkem Wirtschaftsprotektionismus und unmittelbaren Maßnahmen der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse ihrer traditionellen Kernschichten auftreten.

Diese Position ist mittlerweile in allen sozialdemokratischen Parteien Europas präsent und bildet als Retraditionalisierungskurs vielfach einen neuen Gegenpol zu verschiedenen Varianten sozialdemokratischer Modernisierung. In einigen Parteien ist sie wenig organisiert und existiert nur als ideeller Pol oder auch als Netzwerk einzelner ParteiateurInnen, PolitikerInnen und/oder Parteiteile (so auch in der österreichischen Sozialdemokratie). In anderen Parteien existiert sie seit längerem als organisierte Strömung und kann in deren dominanter Koalition der Parteiführung bereits als hegemonial bezeichnet werden (so etwa in der britischen Labour Party zwischen 2010 und 2015 sowie seit 2020). Dem steigenden Einfluss dieser Position steht bislang eine vergleichsweise überraschend geringe Auseinandersetzung gegenüber.

Der vorgeschlagene Beitrag möchte sich der Analyse dieser politischen Position widmen. Dabei sollen politische wie intellektuelle Kontexte sowie zentrale ideologische Begründungen dieser Position aufgearbeitet und systematisiert werden, insbesondere deren Krisendiagnose der Sozialdemokratie und davon abgeleitete Politikvorschläge. Da die elaborierteste Variante dieser Position in der britischen Labour Party existiert, wird der Schwerpunkt auf der Blue Labour-Strömung (vertreten etwa durch Jon Cruddas, Paul Embery, Maurice Glasman, Jonathan Rutherford) liegen, wobei auch VertreterInnen aus dem deutschsprachigen Raum (etwa Nils Heisterhagen) behandelt werden sollen. Weiters sollen die innerparteilichen, politökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Aufkommens dieser Position identifiziert werden sowie in einem weiteren Schritt auch inhärente Widersprüche und Fehlschlüsse der Argumentation. Nicht zuletzt möchte der Beitrag aufzeigen, inwiefern die von dieser Position vertretene Konzeptualisierung von ArbeiterInnenmilieus und der sozialen Basis der Sozialdemokratie auf zweifelhaften Annahmen beruht, nicht in der Lage ist, eine verbindende Identität der ‚arbeitenden Bevölkerung‘ bzw. sozialdemokratischer WählerInnengruppen zu begründen sowie auch eine begrenzte Vorstellung radikaler Erneuerung der Sozialdemokratie vertritt, die weder auf die Krise des Neoliberalismus noch auf die Krise der Sozialdemokratie eine überzeugende Antwort zu liefern imstande ist.

armin.puller@univie.ac.at